

Bundessprecherin kandidiert für den Parteivorstand



Ulrike Eifler: Kandidatur für den Parteivorstand

Zur Person:

- Geboren 1975 in Eberswalde (Brandenburg)
- Studium Politologie und Sinologie in Chemnitz und Marburg
- Seit 2009 Gewerkschaftssekretärin
- Kreisvorsitzende DIE LINKE Main-Kinzig-Kreis, Bundessprecherin AG Betrieb und Gewerkschaft, Bundessprecherin Sozialistische Linke

Als Gewerkschafterin beobachte ich, dass die LINKE mit ihren Positionen zu Mindestlohn, Tarifbindung oder Leiharbeit die

Interessen der abhängig Beschäftigten stärker als jede andere Partei vertritt. Gleichzeitig aber fehlt uns die betriebliche Verankerung. Wir organisieren den politischen Ausdruck der Klasse, nicht aber die Klasse selbst. Für den Kampf um soziale Verbesserungen ist der Rückhalt im Betrieb allerdings unverzichtbar. Die LINKE muss sich deshalb stärker in die Tradition der Arbeiterbewegung stellen und für eine Verbindung von politischen und ökonomischen Kämpfen eintreten.

Für eine stärkere gewerkschaftliche Praxis der Partei

Die LINKE hat die Aufgabe, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Dafür muss sie Teil der Kämpfe sein, in denen die Menschen das selbst tun. Wer möchte, dass es wieder gerechter zugeht, braucht das Bündnis mit den Gewerkschaften und die Verankerung im Betrieb.

Friedenspolitik in den Gewerkschaften verankern

Kriege machen die Welt nicht nur unsicherer, sie erschweren auch den Kampf für soziale Gerechtigkeit. Jeder Euro, der in Auslandseinsätze und Rüstung gesteckt wird, fehlt für die soziale Infrastruktur. Deshalb brauchen friedenspolitische Themen ihren Platz in den Gewerkschaften und Gewerkschaften ihren Platz in der Friedensbewegung.

Klare Kante gegen Rassismus

Antirassismus ist unverzichtbare Voraussetzung im Kampf für soziale Gerechtigkeit. Verteilungskämpfe in Betrieb und Gesellschaft lassen sich nicht gewinnen, wenn Kollegen aufgrund von Herkunft oder Religion ausgegrenzt werden. Deshalb muss der Kampf für soziale Gerechtigkeit mit einer klaren Kante gegen Rassismus verbunden werden.

[Keine Einheit ohne politisches Mandat](#) – Kommentar von Ulrike Eifler in der Mai-Ausgabe der Zeitung *betrieb & gewerkschaft*